Nr. 333. Donnerstag, den 29. November.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel-Nummern 10 Pfge. Auflage 32000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Dr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Ernst Liepsch in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Ab. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. (In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr.) — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nachmittägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen ersuchen wir um gefällige Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. Acht Zeilen kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer aber noch einen Zuschlag die Petitzeile 20 Pfge.

XXII. Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. **Dresden, 1877.**

Für den Monat December

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße 13, zu 90 Pfennige, sowie für auswärts bei den Postanstalten zu 95 Pfennigen angenommen.

Politisches.

Auf die Häupter der Herren v. Criegern und v. d. Planitz richtet sich ein Hagel von Vorwürfen. Beide sächsische — sagen wir „Senatoren" (da die Senate jetzt eine so große Rolle spielen) werden darüber nicht untröstlich sein, daß ihr Auftreten in der Debatte über das neue Gerichtsverfassungsgesetz ihnen nicht das Wohlwollen der nationalliberalen Presse einträgt. Herr v. d. Planitz hat in der schlichten Art eines unerschrockenen Landedelmannes, der ein unabhängiger Mann und außer seinem Gewissen Niemandem, nur seinem Lande, namentlich nicht einer ausländischen Coterie verantwortlich ist, frei von der Leber gesprochen und dabei allerdings einen wunden Punkt antelephonirt. (Ebenso Herr v. Erdmannsdorff in der gestrigen Sitzung der ersten Kammer. Siehe den Bericht unten.) Etwas anders stellen wir uns zu dem früheren Präsidenten des Leipziger Appellationsgerichtes, Herrn v. Criegern. Wir zollen seinem juristischen Wissen und Scharfsinn große Verehrung, haben aber bei der Unabhängigkeit, die wir uns nach allen Seiten hin bewahrt haben und niemals aufzugeben gesonnen sind, keinen Grund, einen offenen Tadel zurückzuhalten. Herr v. Criegern bekämpfte die Ratomontade Dr. Georgi's, daß in dem entsprechenden preußischen Gesetze die Unabhängigkeit des Richterstandes besser gewahrt sei als in dem sächsischen Gesetze, damit, daß er sagte, er kenne das preußische Gesetz nicht. Ei der Tausend! Als Referenten lag es ihm nicht zu fern, die Arbeit Dr. Leonhardt's mit der Herrn Abeken's zu vergleichen. Hätte er Das nicht unterlassen, so hätte er die Parade der Fechterstellung, welche Dr. Georgi einnahm, mit einer einzigen sicilen Terz durchhauen. Leihe man einen Augenblick sein Ohr den schweren Anklagen, welche die „Volks-Ztg." über den in dem preußischen Gerichtsverfassungsgesetze unternommenen Versuch Dr. Leonhardt's erhebt, die Unabhängigkeit der preußischen Richter zu mindern. Dieses Blatt schreibt u. A.:

„Trotz aller schönen Redensarten des Justizministers Leonhardt (von der nicht gefährdeten Unabhängigkeit der Richter) will sich derselbe die Befugniß einräumen lassen, mehrere Amtsrichter eines Amtsgerichtes der Dienstaufsicht eines derselben zu unterstellen, und will dem die Dienstaufsicht Führenden, dem Justizminister, den Präsidenten, Directoren u. s. w. die Befugniß einräumen, Rügen und Ordnungsstrafen bis zum Betrage von 100 Mark über sämmtliche Beamte der Gerichte einschließlich der Richter zu verhängen. Durch erstere Maßregel wird die Degradation der Amtsrichter vollendet. Solch' ein Recht der die Aufsicht Führenden, Ordnungsstrafen über die Richter zu verhängen, ist bisher in Preußen unbekannt gewesen, selbst bezüglich der Gerichts-Subalternbeamten war bisher in Preußen eine solche Ordnungsstrafe nur zum Betrage von 3 bis 30 Thlr. je nach dem Grade des betreffenden Vorgesetzten zulässig. Bisher war das Verhängen einer Ordnungsstrafe gegen preußische Richter nur auf Grund Urtheils und Rechts statthaft. Was man von der Erklärung, daß die Unabhängigkeit des Richterstandes nicht gefährdet sei, zu halten hat, darüber darf man längst im Klaren sein! Denn der gegenwärtige Justizminister liebt es allerdings, im Abgeordnetenhause solche beunruhigende Erklärungen abzugeben, aber auch demnächst bei Ausführung der ihm zugestandenen gesetzlichen Bestimmungen sie wieder zu vergessen. So hat er durch Instructionen die Referendare in ein Abhängigkeitsverhältniß zu den Directoren und Präsidenten versetzt, welches ihnen jede freie Selbstbewegung völlig abschneidet. Wie der gegenwärtige Justizminister die Macht der Bureaukratie über die Richter zum Nachtheil der Unabhängigkeit der Letzteren und seiner ganzen Amtsthätigkeit gehoben und gestärkt, wie auch er das schon von seinem Amtsvorgänger angestrebte Ziel, die Disciplin im Richterstande zu heben, nur auf eine weniger plumpe, aber sicherer zum Ziele führende Weise angestrebt hat, dafür ließen sich noch viele Beweise anführen. Und welchen Grund hat man zu diesen steten Versuchen zur Hebung der „Disciplin" des Richterstandes? Geben denn seine Zustände zu außergewöhnlichen Maßregeln Veranlassung? Doch wohl schwerlich. Man will aber keinen unabhängigen Richterstand und man will damit auch — denn dies ist unzertrennbar! — keine unabhängige Rechtsprechung im Staate! Wie die äußere Verfassung der Gerichte, so soll auch der preußische Richter dem französischen Muster gleich werden. Mit der Entziehung der Garantien der richterlichen Unabhängigkeit wird man die preußischen Gerichte zu Polizei-Instituten herabdrücken, während es doch ihre Aufgabe sein soll, die Weiser des Rechtes im Staate zu sein."

So urtheilt man in Berlin, wo man die Verhältnisse aus nächster Nähe kennt. Um so unbegreiflicher erscheint die Bewunderung Dr. Georgi's für diese Dinge. Unsere Hoch-Conservativen aber würden ihre edle Aufgabe, Hüter der Unabhängigkeit des sächsischen Richterstandes zu sein, sicherer erreichen, wenn sie nicht blos selbst bei neuen Gesetzen dazu die Hand böten, sondern auch durch Studium der Zustände von anderswo schielende Vergleiche, wie den Dr. Georgi's prompt zu operiren lernten. Wir leben nun einmal im großen deutschen Reiche, weitere Gesichtsfelder haben sich erschlossen, Sachsen ist keine Insel und ein sächsischer Gesetzgeber muß wissen, wie es in anderen Staaten aussieht, damit er den Nationalliberalen, wenn sie ihre Wanderlager falschen Schilderungen eröffnen — thut's Noth — sofort das Handwerk legen kann.

Ein um die deutsche Industrie hochverdienter Mann, der frühere würtembergische Minister v. Varnbühler, erhebt in der „Post" seine Stimme gegen das Drängen der Freihändler-Partei, gegen Oesterreich mittelst Retorsions-Zöllen einen Zollkrieg zu eröffnen. Eine seltsamere Maskerade hat man kaum je erlebt. Dieselben Freihändler, die bisher Vergeltungs- und namentlich Differenzial-Zölle gegen das Ausland grundsätzlich verdammten, suchen jetzt den Reichskanzler zu bestimmen, recht umfassende Kampf-Zölle gegen Oesterreich festzusetzen. Herr v. Varnbühler weist nun das Verfehlte eines Zollkrieges gegen Oesterreich nach. Dieser sei eine Ungerechtigkeit, da ja Frankreich, dem Deutschland die Rechte der meist begünstigten Nation eingeräumt hat, immer noch höhere Einfuhrzölle von den deutschen Waaren erhebt, als Oesterreich nach seinem neuesten Tarif. Unserer deutschen Industrie wird man nur durch einen selbstständigen Zoll-Tarif aufhelfen. Darüber demnächst ein Mehreres.

Von Plewna nichts Neues. Es ist Ende November, Osman Pascha hält sich immer noch. Freilich vermindert jeder fernere Tag seine Chancen, zumal durch die neuesten russischen Erfolge zwischen ihm und dem Entsatz-Heere Mehemed Ali's ein Zwischenraum von 5 Tagemärschen liegt und Mehemed jetzt nicht weniger als 7 befestigte Positionen der Russen zu nehmen hätte, ehe er sich mit seinem Waffenbruder Osman vereinigen könnte. Das gilt jedoch nur von der Straße Sofia-Plewna.

Obwohl die französische Deputiertenkammer beschlossen hat, in keinen Verkehr mit dem neuen Ministerium zu treten, konnte sie es doch nicht hindern, daß der Minister der Finanzen in ihrer Mitte erschien und die Erledigung des Budgets verlangte. Die Kammer steht daher vor der Frage: „Steuern verweigern oder nicht?" Die Physiognomie von Paris wird immer erregter. Von dem General, der an der Spitze des Ministeriums steht, meint Cassagnac, er sei ein Senfpflaster auf eine offene Wunde. Es wird wohl bald in Paris mehr als eine offene Wunde geben und ein starker Bedarf an Pflaster, vielleicht auch an Pflastersteinen sein.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Wien, 28. November. Die officiöse „Abendpost" schreibt: In allen Kreisen gelangt allmälig die Ansicht zur Geltung, daß der eventuelle Fall von Plewna, welcher russischerseits nächstens als unvermeidlich erwartet wird, Friedens-Unterhandlungen zwischen den kriegführenden Mächten zur Folge haben werde.

Petersburg, 28. November. Nach einem Telegramm der „Neuen Zeit" ergaben sich im Schipkapasse 400 Türken als Kriegsgefangene. — General Skobeleff ist von seinen leichten Wunden wieder hergestellt. — Der Gesandte Ignatieff kehrt nach Ablauf seines Urlaubs ins Hauptquartier wieder zurück.

Locales und Sächsisches.

— An Stelle des Zoll- und Steuerdirectors Wahl, welcher bisher Sachsen in Zoll-, Steuer- und Handelssachen im Bundesrathe vertrat, ist der Geheime Finanzrath Zenker nach Berlin entsendet worden.

— Landtag. Auch gestern vermochte die 1. Kr. trotz mehr als stündiger Berathung nicht, den am Montag abgebrochenen Gegenstand, den Gesetzentwurf, Bestimmungen über die Ausführung des Reichsgerichtsverfassungsgesetzes und über die Zuständigkeit der Gerichte in Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege enthaltend, zu erledigen. Es wurde indeß über ein Prinzip entschieden, das nicht blos für die betheiligten richterlichen Kreise von großer Wichtigkeit ist: über die Frage nämlich, ob mit Rücksicht auf die Unabhängigkeit des Richterstandes es geboten sei, für denselben das Aufrückungsrecht nach dem Dienstalter durchgehend einzuführen. Oberbürgermeister Dr. André will, daß den Richtern an dem Oberlandesgerichte, an den Landgerichten und an den Amtsgerichten das eben bezeichnete Aufrückungsrecht neben lebenslänglicher Anstellung gewährt werde, und befindet sich mit der Majorität der Deputation damit insoweit im Widerspruch, als diese zwar meint, daß künftig das Oberlandesgericht und die Landgerichte die Collegialbehörden sein werden, deren wirkliche Mitglieder nach dem in unveränderter Geltung bleibenden 2. Abschnitt von § 8 des Civilstaatsdienergesetzes von selbst nach der Reihenfolge ihrer Anstellung in die höher besoldeten Ratsstellen einrücken zu diesen Stellen keine besondere Ernennung erforderlich sei, dagegen eine Ausdehnung des Aufrückungsrechts auf die bei den Amtsgerichten gestellten Richter weder zu Wahrung ihrer richterlichen Unabhängigkeit, noch aus sonstigen Gründen für geboten erachtet. Dr. André wies zur Begründung seines Antrags darauf hin, daß die Wichtigkeit der Amtsgerichte nicht unterschätzt werden dürfe. Dieselben hätten die Executivgewalt zu vollziehen, die von ihnen gefällten Urtheile gelangten zur sofortigen Ausführung und es lägen ihnen Sachen zur Entscheidung vor, die keineswegs nur eine jüngere Kraft erfordern. Uebrigens sei es inconsequent, wenn man das Aufrückungsrecht nach der Anciennität für die Landgerichte, nicht aber auch für die Amtsgerichte wolle. Vicepräs. Hempel: In Sachsen sei die Unabhängigkeit des Richterstandes durch Verfassung und Gesetz gewährleistet; anderer Garantien dafür bedürfe es nicht. Die Hauptsache für einen unabhängigen Richterstand sei, daß Leute von Charakter, Würdigkeit und Kenntnissen gewählt würden. Bürgermeister Hirschberg verwendet sich kurz für den Antrag André's. Bürgermeister Martini: Wenn Seitens der Regierung Einverständniß mit den Anschauungen der Deputationsmajorität bezüglich des Aufrückens der Richter bei den Landgerichten constatirt werde, stimme er mit der Majorität und lasse die Amtsrichter fallen. v. Erdmannsdorff: Bezüglich der Unabhängigkeit stehe bei uns in Sachsen gewiß kein Richter dem andern nach; etwas anderes sei es bezüglich seines Fleißes, seiner Arbeitslust und seiner Intelligenz; darum sei es nothwendig, daß der Beamte es wisse: der Grad seiner Stellung, seiner Besoldung hänge von dem Grade seines Fleißes ab. Die Unabhängigkeit des Richterstandes sei übrigens durch die von der Deputation vertretene Ansicht gründlich gewahrt, denn politische und Tendenzprozesse kämen nicht vor die Amtsgerichte, deren Bedeutung er im Uebrigen gar nicht verkennt. Gewisse Vorkommnisse wie in anderen Ländern seien bei uns undenkbar; unser Richterstand sei unantastbar, übrigens könne bei uns ein Minister, der Kabinetsjustiz treiben wollte, keine zwei Monate bestehen, er würde von den Kammern vor dem Lande gebrandmarkt werden. Justizminister Abeken erklärt, daß er bezüglich des Aufrückungsrechts bei dem Ober-Landes-Gericht, nicht aber bei den Landgerichten die Ansicht der Majorität der Deputation theile. Er tritt dem André'schen Antrage entgegen, den er auch um deswillen für unnöthig erachtet, als in Sachsen jeder richterliche Beamte eine hohe Gehaltsstaffel erreichen könne. Dr. André antwortet kurz auf die ihm gemachten Einwände und überrascht plötzlich mit der Bemerkung, daß es ihm sehr leid sei, daß, während er doch die Integrität des sächsischen Richterstandes stets für zweifellos erklärt, immer wieder Angriffe auf den Richterstand eines andern deutschen Landes gemacht würden; es thue ihm leid, daß der preußische Richterstand in einer sächsischen Kammer so herabgezogen worden sei. Präs. v. Zehmen hält dem Redner ein, daß die heutige Debatte zu Bemerkungen, wie sie derselbe gethan, keinen Anlaß gegeben habe. Auf Grund der Erklärung des Ministers beantragt v. Criegern Namens der Deputation einen Zusatz-Paragraphen, welcher das Recht des Aufrückens auch für die Landgerichte feststellt. Justizminister Abeken warnt vor diesem Antrage, Bürgermeister Martini erklärt, daß er nunmehr gegen den Antrag André wie gegen den Antrag v. Criegern stimme, da er die Materie noch nicht für genügend klar gestellt erachte, um mit dem einen oder dem andern dieser Anträge der Regierung die Hände zu binden. Nachdem ein Antrag des Staatsministers a. D. v. Falkenstein auf Zurückverweisung der Angelegenheit abgelehnt worden, erlagen die Anträge des Dr. André wie des Ref. v. Criegern demselben Schicksal. Ebenso wird ein weiterer Antrag André's abgelehnt, wonach die Erkennung von Disciplinarstrafen gegen einen Richter durch den Strafsenat des Oberlandesgerichts, in 2. Instanz durch das Plenum des Oberlandesgerichts zu erfolgen habe. Ref. v. Criegern spricht sich namentlich um deswillen gegen den Antrag aus, weil derselbe zu weit gehe. Nach demselben wäre z. B. auch über einen einfachen Verweis, über die kleinste Weisstrafe, welche über einen Richter verhängt werden sollen, das Urtheil des Oberlandesgerichts einzuholen.

— Daß im Angesicht der heute stattfindenden Stadtverordnetenwahl eine so lebhafte Agitation sich in allen Kreisen der Bürgerschaft kund giebt, ist im Allgemeinen nur erfreulich. Ganz besonders frappant ist aber die Bemühung der Nationalliberalen. Denn unter allerlei Form, anonym und von Vereins wegen suchen sie ihre Candidaten einzuschmuggeln; aber dabei geht die Schlauheit doch auch mit ihnen durch. Sie versuchen ihr Heil mittelst dreier Wahllisten: Nr. 1 ist die der Bezirksvereine, aber sie genügt den Herren nicht, da einzelne Matadore ihrer Partei nicht darauf prangen. Eine etwas mehr in ihrem Sinne gestaltete Wahlliste mit der Ueberschrift: „Mitbürger! Keine Bevorzugung einzelner Stände!" bringt zwei Aerzte, bekannt als Führer der hiesigen Nationalliberalen, obgleich schon 5 Aerzte im Stadtverordnetencollegium sind. — Da aber auch diese Liste Nr. 2 den Namen des in den Bezirksvereinen unterlegenen Advocaten Dr. Krause enthält, so wird heute vor den Wahllokalen eine dritte Liste vertheilt, welche den geliebten Namen Dr. Krause fast ausschließlich umgeben von Anhängern seiner Partei zeigt. Grundsätzlich weicht von allen Listen die der „Unabhängigen Bürger" ab. Sie enthält von anderen Listen nur die Namen Waldmann und Wolfframm. Ungeschickt ist sie keineswegs zusammengestellt, einige „Blender" wie der allgemein geachtete Drechslermeister Seyfarth und der Ing. Pieper, sollen über Namen wie den Klemich's hinweghelfen. Uebrigens hören wir, daß Herr Pieper definitiv jede Wahl ablehnt. Ohne der Wahl solcher Bürger entgegentreten zu wollen, sollte man meinen, daß folgende mehrfach von Gewerbetreibenden, Beamten, Lehrern und Gastwirthen aufgestellte, allen Parteien angehörende Herren wohl würdig wären, dem künftigen Stadtverordneten-Collegium anzugehören: Ansässige: Schulrath Berthelt, Maler Beyer, Apotheker Bley, Adv. Damm, Fabrikant Friedrich, Privatus Friedrich, Riemer Gottschalk, Bierhändler Hertzsch, Adv. Lehmann, Hotelier Lingke, Tischler Rosenmüller, Baumeister Strunz, Privatus Volland, Klempner Waltmann, Oberlehrer Welte, Schmied Wolfframm. — Unansässige: Bürgerschullehrer Altner, Dr. Beschorner, Kaufmann Bühl, Kaufmann Danos, Gastwirth Ehrig, Apotheker Franz, Restaurateur Hecht, Schuldirector Heger, Kaufmann Henke, Secretär Hertwig, Schneider Jlschner, Privatus Linnemann, Lehrer Schindler, Hofuhrmacher Weiße, Bankier Frixsche, Adv. Zimmer, Adv. Zwicker.

— Der Bauausschuß hat neuerdings nach Fertigstellung der Albertbrücke dem Stadtrath den Vorschlag gemacht, dem bei dem Brückenbau in hervorragender Weise thätig gewesenen Aufsichts- und Bureaupersonal entsprechende Gratificationen zu gewähren, wegen deren Bewilligung der Stadtrath mit den Stadtverordneten ins Vernehmen treten will. Nach dem gemachten Vorschlag sind an 11 Personen im Ganzen 5700 Mark Gratification zu zahlen, und zwar dem Ingenieur 1800 Mark, den zumeist beschäftigt gewesenen Polieren je 900, 500 und 300 Mark, und dem Bureaupersonal 300, 200 und 100 Mark.

— Das Project der Errichtung einer neuen Kirche für Neu- und Antonstadt geht seiner Verwirklichung entgegen. Der Stadtrath hat sich nunmehr bereit erklärt, dem Neustädter Kirchenvorstand das schon früher ihm und der böhmischen Kirchengemeinde gemeinschaftlich zugesicherte Areal an der Martinstraße zu dem Zeitpunkte des Beginns des Kirchenbaues unentgeltlich zu übergeben. Die böhmische Gemeinde wird dabei nicht mehr in Frage kommen, da die Verhandlungen, welche mit ihr behufs gemeinschaftlicher Benutzung der neuen Kirche gepflogen wurden, bekanntlich gescheitert sind.

— Im Laufe der Jahre ist über die im Grunde höchst erfreuliche Thatsache mehrfach verhandelt worden, daß sowohl die Kreuzschule, wie die Realschulen die sich von Jahr zu Jahr vermehrende Schülerzahl nicht mehr zu fassen vermögen. Ostern 1878 werden über 100 für die Kreuzschule Angemeldete zurückgewiesen werden. Die Errichtung eines zweiten städtischen Gymnasiums in Dresden scheint daher immer dringender geboten. Der Ausschuß für das höhere Unterrichtswesen empfiehlt sie und glaubt, daß man damit auch gleichzeitig die Errichtung einer (dritten) königl. Realschule 1. Ordnung bedürfen würde. In letzter Plenarsitzung hat sich der Stadtrath eingehend und im Ganzen der Ausschußmeinung beistimmend mit der Frage beschäftigt, ihre nochmalige und weitere Verhandlung aber der ersten Rathsabtheilung überwiesen.

— Ueber den Postunterbeamten Pilz in Leipzig verlautet noch, daß er jedenfalls auch eine unehrliche Vergangenheit hat. Die Leipziger Postverwaltung hatte schon früher ein Anstellungsgesuch Pilz' unbeachtet gelassen und erst einem späteren jammervollen Briefe Gehör geschenkt. Die von ihm vorgelegten Zeugnisse, welche über sein Verleben bis auf etwa 10 Jahre zurücklauteten, waren nicht ungünstig. Was aber vorher war und ob die Zeugnisse alle echt, weiß man noch nicht. Pilz bezog einen festen Lohn von 2 Mark für den Tag; seine Dienstleistungen waren rein mechanischer Art. — Am Dienstag Vormittag ward Pilz aus dem Polizeigefängniß in das Arresthaus übergeführt und vor den Untersuchungsrichter gebracht.

— Obwohl die Sperlinge bereits von den Dächern es pfiffen, welche Architekten bei der Concurrenz betreffs des Neubaues auf dem früheren militär-fiscalischen Areal in Dresden prämiirt werden würden, hat doch erst gestern die Preisjury ihren Spruch gefällt. Das meiste Kopfzerbrechen hat die Prämiirung des Entwurfs unter dem Motto „König Albert" verursacht, welcher an letzter Stelle mit dem Preise bedacht wurde. Die Architekten Kyllmann und Heyden in Berlin, von denen es bekannt ist, daß sie das sächsische Gesandtschaftspalais in Berlin bauen sollen, haben diesen Preis bekommen. In erster Linie wurden prämiirt die Herren Hänel und Adam hier (Ausstellungs-Motto: Oeffnet die Gasse), Giese und Weidner hier (Motto: Civis romanus), P. Wieck hier (Motto: Druidenfuß), Sommerschuh und Rumpel hier (Motto: Belvedere) und Stadtbaumstr. Stübben in